



# uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ; (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

14. Dezember  
29/76

## 1.000 Studienplätze mehr bis 1985

Für die Universität Oldenburg sollen bis 1985 nicht 5.800, sondern 6.800 Studienplätze geschaffen werden. Das kündigte in der vergangenen Woche der Vorsitzende des Kulturausschusses im Niedersächsischen Landtag, Walter Hirsche (FDP), auf einer Pressekonferenz in Hannover an. Nach Worten Hirsches sei dabei nicht auszuschließen, daß ein Teil dieser zusätzlichen Studienplätze auf einen neu zu schaffenden Studiengang Pharmazie entfalle.

Wie bereits berichtet, haben sich FDP und CDU bei ihren Koalitionsverhandlungen auf die Erhöhung der Zielzahlen bis 1985 von bisher 77.600 auf 85.500 Studienplätze geeinigt. Nutznießer dieser Erhöhung sind neben der Universität Oldenburg auch die Fachhochschulen des Nordwestraumes in Oldenburg, Wilhelmshaven und Emden. Sie erhalten

1.750 flächenbezogene Studienplätze. Der Ausbau der Hochschulen wird sich demnach auch schneller vollziehen müssen, denn bereits 1980 sollen 77.600 Studienplätze in Niedersachsen zur Verfügung stehen.

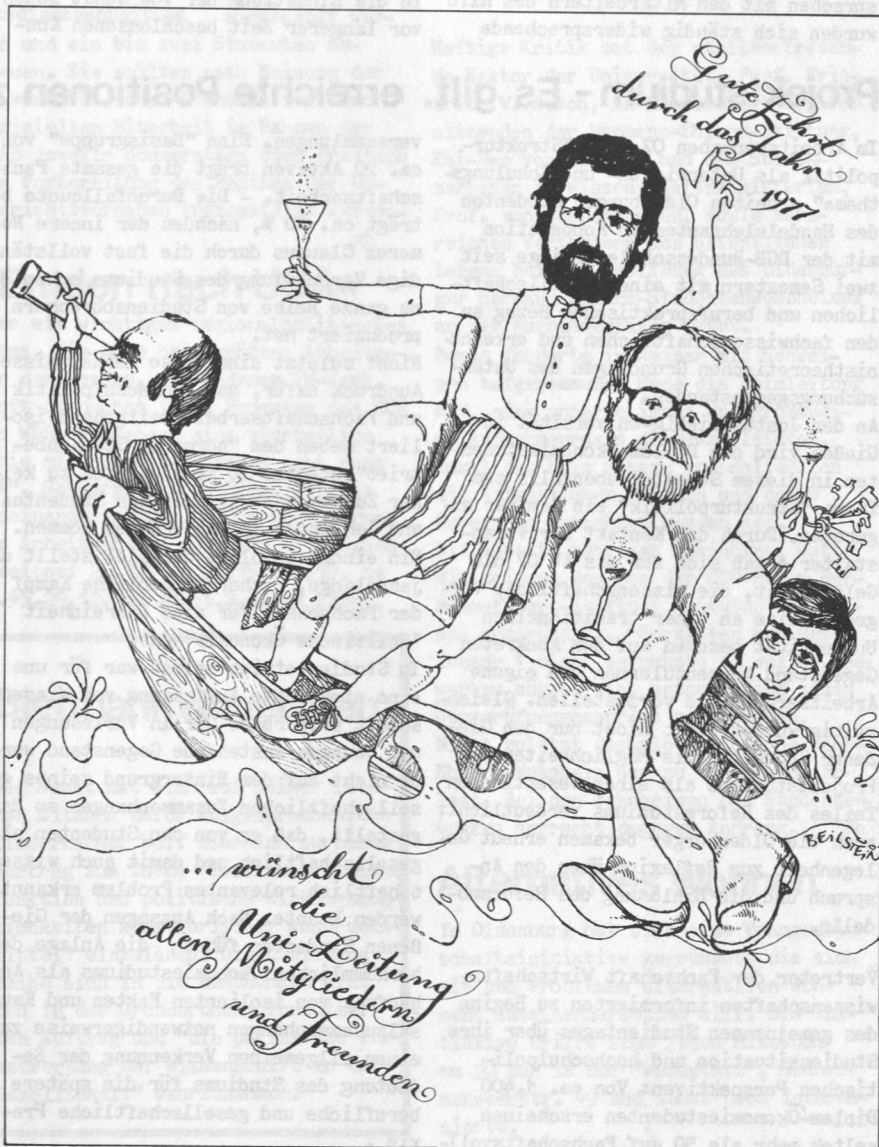
In einer Stellungnahme zur Erweiterung der Kapazität der Universität Oldenburg hat der stellvertretende Rektor Professor Busch erklärt, mit Interesse habe

die Universität die Ankündigung Hirsches zur Kenntnis genommen. Diese Absprache zwischen CDU und FDP widerlege die bisherige Begründung der CDU-Regierung für ihre drastische Kürzung des Hochschulausbaus, weitergehende Maßnahmen seien nicht finanzierbar. Nach Ansicht der Universität, so Busch, ermöglichten 6.800 Studienplätze sinn-

Fortsetzung Seite 2

### Neuer NHG-Entwurf

Einschneidende Eingriffe wird dervonden neuen Koalitionspartnern CDU und FDP vorgelegte Entwurf des Niedersächsischen Hochschulgesetzes für die Universität Oldenburg bringen, sollte er so vom Landtag verabschiedet werden. Der Entwurf stärkt, wie nicht anders zu erwarten, die Stellung der Hochschullehrer, die in den Entscheidungsgremien über eindeutige Mehrheiten verfügen werden. Im Konzil werden sie zwar nur über ein Drittel der Sitze verfügen, jedoch wird keine Entscheidung gegen ihre mehrheitliche Position verabschiedet werden können. Neu, aber doch erwartet, ist die Einrichtung eines Ordnungsausschusses, der sich viertelparitätisch unter dem Vorsitz eines Richters zusammensetzt. Erhalten bleiben soll die verfaßte Studentenschaft, der jedoch das geforderte allgemein politische Mandat nicht zugestanden wird. Nach Vorstellung von CDU und FDP wird es künftig in Niedersachsen nur noch Universitäten mit Präsidialverfassung geben. Der Präsident soll auf sechs Jahre gewählt werden. gh



## Hifo von Kunststudenten scharf angegriffen

Die Teilnehmer einer Veranstaltung des Studienganges Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation haben die Arbeitsfähigkeit des Hochschulinternen Fernsehen (Hifo) infrage gestellt und erklärt, die Hochschule müsse sich fragen, "ob sie die an die Institution des Hifo gerichteten Erwartungen der Zusammenarbeit mit Lehrveranstaltungen streichen will".

In einem u. a. an den Rektor gerichteten Brief stellten die Teilnehmer der von Prof. Rudolf zur Lippe geleiteten Veranstaltung "Verarbeitung eines der gegenwärtigen Erfordernisse und Fragen zusammenhänge" fest, daß die vor ihnen gewünschte Zusammenarbeit mit dem Hifo zwecks Erstellung des Films über die Fahrraddemonstration im Juni d. J. nicht möglich gewesen sei. Konkret warfen die Studenten den Mitarbeitern des Hifo vor, abgesprochene personelle und technische Betreuung wiederholt nicht eingehalten zu haben. An einem abgesprochenen Termin hätten die Teilnehmer gar verschlossene Räume vorgefunden. Wörtlich heißt es in dem Brief dazu: "Bei den vielfachen Rücksprachen mit den Mitarbeitern des Hifo wurden sich ständig widersprechende

Auskünfte erteilt, die nach dem letzten Stand keine Möglichkeit für die Realisierung des Fahrraddemofilms ergeben." Auch andere Projekte des Faches Kunst warfen in diesem Zusammenhang dem Hifo Versagen vor, das soweit geführt habe, daß die Bedingungen der Projektarbeit fast zerstört worden seien.

Die Mitarbeiter des Hifo haben sich inzwischen in einer vierseitigen Stellungnahme gegen die erhobenen Vorwürfe gewehrt. Den Teilnehmern der Veranstaltung, so das Hifo, habe vielmehr ein eigener Raum mit den notwendigen technischen Geräten zur Verfügung gestanden, für den die Gruppe einen Schlüssel hatte. Absprachen mit der Institution Hifo seien nie getroffen worden, sondern lediglich Einzelgespräche mit Mitarbeitern geführt worden.

In diesem Zusammenhang machte das Hifo darauf aufmerksam, daß das Hochschulinterne Fernsehen der einzige Bereich der Universität sei, in dem der Sach- und Personalhaushalt entscheidend reduziert worden sei. Gleichzeitig forderten die Mitarbeiter des Hifo die Einsetzung der vom Senat schon vor längerer Zeit beschlossenen Aus-

schüsse zur Kontrolle des Hifo, damit Entscheidungen über Prioritäten bei Mehrfachanforderungen getroffen und Benutzerregelungen aufgestellt werden können. gh

## 1.000 Studienplätze...

Fortsetzung von Seite 1

vollere Betriebsgrößen in den einzelnen Studienbereichen. Dem regionalen Bedarf an Studienplätzen im Nordwestraum werde jedoch auch diese Zahl nicht voll gerecht. Daher halte die Hochschule an einem vom Wissenschaftsrat empfohlenen Ausbau auf 9.800 Studienplätze fest.

Gleichzeitig betonte Busch, daß der offenbar finanzierbare Ausbau auf mindestens 6.800 Studienplätze nicht vom Zustandekommen einer Koalition abhängig gemacht werden könne. Die finanziellen Möglichkeiten des Landes würden durch Koalitionsentscheidungen nicht beeinflusst. Nachdrücklich forderte Busch von der Landesregierung eine Verbesserung der personellen Ausstattung. Ohne die erforderlichen Stellen könnten die geplanten Baumaßnahmen keine Studienplätze schaffen. gh

## Projektstudium - Es gilt, erreichte Positionen zu verteidigen

Im Arbeitsvorhaben 07 (AV) "Strukturpolitik als Unterrichts- und Schulungsthema" arbeiten Oldenburger Studenten des Handelslehramts in Kooperation mit der DGB-Bundesschule Springe seit zwei Semestern mit einem gesellschaftlichen und berufspraktischen Bezug an den fachwissenschaftlichen und erkenntnistheoretischen Grundlagen des Untersuchungsgegenstandes.

An der Justus-Liebig-Universität in Gießen wird den Diplom-Ökonomiestudenten in diesem Semester ebenfalls zum Thema "Strukturpolitik" ein Seminar angeboten. Durch den Kontakt der Veranstalter ergab sich für das AV 07 die Gelegenheit, die wissenschaftliche Vorgehensweise an einer traditionellen Universität bezogen auf den konkreten Gegenstand kennenzulernen und eigene Arbeitsergebnisse vorzustellen. Gleichzeitig wurden damit nicht nur den Gießener Studenten die Möglichkeiten des Projektstudiums als eines wesentlichen Teiles des Reformstudiums verdeutlicht; auch die Oldenburger bekamen erneut Gelegenheit zur Reflexion über den Anspruch und die Einlösung des Reformmodells.

Vertreter der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften informierten zu Beginn des gemeinsamen Studientages über ihre Studiensituation und hochschulpolitischen Perspektiven: Von ca. 1.400 Diplom-Ökonomiestudenten erscheinen selten mehr als 50 auf Fachschaftsvoll-

versammlungen. Eine "Basisgruppe" von ca. 20 Aktiven trägt die gesamte Fachschaftsarbeit. - Die Durchfallquote beträgt ca. 40 %, nachdem der innere Numerus Clausus durch die fast vollständige Verschulung des Studiums schon eine ganze Reihe von Studienabbrechern produziert hat.

Nicht zuletzt sind diese Verhältnisse Ausdruck dafür, daß Hochschulpolitik und Fachschaftsarbeit weitgehend isoliert neben dem "normalen Studienbetrieb" stehen. So kann es auch zu keiner Zusammenarbeit zwischen Studenten und Lehrenden in den Gremien kommen. Ein eindrucksvolles Beispiel stellt der jahrelange, bisher vergebliche Kampf der Fachschaft für eine Lehrereinheit "Politische Ökonomie" dar.

Im Studienbetrieb selbst war für uns eine eingeeinte Auffassung von Wissenschaft erfahrbar. Der in Vorlesungen und Übungen anstehende Gegenstand wurde nicht auf dem Hintergrund seines gesellschaftlichen Zusammenhanges so dargestellt, daß er von den Studenten als gesellschaftlich und damit auch wissenschaftlich relevantes Problem erkannt werden konnte. Nach Aussagen der Gießener Studenten führt die Anlage des herkömmlichen Ökonomiestudiums als Anhäufung von isolierten Fakten und Kausalzusammenhängen notwendigerweise zu einer allgemeinen Verkennung der Bedeutung des Studiums für die spätere berufliche und gesellschaftliche Praxis.

Durch die Darstellung unserer wissenschaftlichen Vorgehensweise und der zusammengefaßten Arbeitsergebnisse konnten wir ein gängiges Vorurteil ins Wanken bringen, daß an unserer Universität "mehr Politik als Wissenschaft" betrieben wird. Das AV 07 versucht nämlich mit Hilfe unterschiedlicher theoretischer Erklärungsansätze empirische Erscheinungen des wirtschaftlichen Strukturwandels auf ihre wesentlichen Ursachen und Zusammenhänge zurückzuführen, um Strukturpolitik in ihrer Bedeutung und Wirksamkeit beurteilen zu können.

Uns wurde deutlich, was es heißt, wenn der studentische Einfluß auf universitäre Entscheidungsprozesse nicht besteht und die studentischen Interessen - Studium unter Selbsttätigkeit, fachliche Qualifikation mit gesellschaftlicher Relevanz und Integration von Ausbildung und Hochschulpolitik - nicht mehr berücksichtigt werden.

Gerade angesichts des Niedersächsischen Hochschulgesetzes/Hochschulrahmengesetzes und der sich auch bei uns rapide verschlechternden Studienbedingungen aufgrund des materiellen Drucks der Landesregierung hat sich für uns ganz klar gezeigt, daß es gilt, unsere schon erreichten Positionen in Oldenburg zu verteidigen. Martin Abmus, Heinz Brigant, Heinz-Georg Diekhaus, Roland Philippi, Erhard Schlottmann, Cordula Scholz-Bettin

## Ab SS 77 Studienbuch für jeden

Ab Sommersemester 1977 wird für alle Studenten der Universität ein Studienbuch eingeführt. Einen entsprechenden Beschluß faßte der Senat auf seiner letzten Sitzung. Das Studienbuch soll als Nachweis des Studiums sowie der belegten Lehrveranstaltungen dienen und ist für die Anmeldungen zur Prüfung und bei Bewerbungen bzw. Studienplatzwech-

sel erforderlich. Es enthält die in jedem Semester ausgegebenen "Studenten-Daten" mit Personalangaben, Matrikelnummer, Semesterzahl, Studienfächer mit dem angestrebten Abschluß sowie die bestandenen Prüfungen. Die besuchten Lehrveranstaltungen werden von den Studenten auf einem Veranstaltungsblatt selbst eingetragen anstelle von Testaten.

## Kontaktlehrerproblem

## Notlösung zur Absicherung der Praxisanteile für ELAB

Gegen die Stimmen der Studenten hat sich der Senat auf seiner letzten Sitzung dem Votum der gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung (GKL) angeschlossen, trotz grundsätzlicher Bedenken anstelle der fehlenden Kontaktlehrer, um Lehrer, die lediglich drei Stunden für die Arbeit im Rahmen der ELAB freigestellt werden, zu werben. Sie sollen in der Praxisphase des 2. Studienabschnittes im Februar/März eingesetzt werden.

In einer Erklärung heißt es dazu, daß der Erlass des Wissenschaftsministeriums, nachdem für jeden nicht bestellten Kontaktlehrer je drei mitwirkende Lehrer mit 3 Stunden Anrechnung eingesetzt werden können, den bestehenden Kontaktlehrermangel, allenfalls vorübergehend und in unzureichender Weise verringern könne, jedoch keinesfalls als eine Dauerlösung für dieses Problem annehmbar sei. Man müsse sehen, daß ein für drei Stunden freigestellter Lehrer kaum die Möglichkeit habe, kontinuierlich an den Ausbildungsvorhaben und Projekten mitzuarbeiten. Gleichzeitig wird in der Stellungnahme des Senats darauf verwiesen, daß die Einbeziehung von "mitwirkenden Leh-

tern" keinesfalls als Äquivalent für die beantragten Praxislehrer angesehen werden könne. Der Bedarf für diese Praxislehrer (pro Kontaktlehrer zwei Praxislehrer) bleibe vielmehr in dem von der Universität beantragten Umfang voll bestehen. Die "mitwirkenden Lehrer" sollen nur in Projekten des 2. Studienabschnittes eingesetzt werden und ein bis zwei Studenten betreuen. Sie sollten nach Meinung der Universität schon 4 Wochen von ihrer offiziellen Mitarbeit im Rahmen der ELAB jeweils donnerstags oder freitags zur Vorbereitung des Beginns der Unterrichtsvorhaben freigestellt werden. gh

## »Emden nach USA«

Über ein wichtiges regionalpolitisches Thema, die Lage beim größten Arbeitgeber der Region, dem Emdener VW-Werk, läuft demnächst im 3. Programm des NDR und WDR-Fernsehens eine vierteilige Serie mit dem Titel "Emden geht nach USA". Schwerpunkt des Films ist die Auseinandersetzung um die Reduzierung der Arbeitsplätze von 1975 - 1976. Sendezeiten: 25.12. um 20.15, 27.12. um 21.45, 29.12. um 21.35, 2.1. um 22.05.

## Not-Cafeteria

Die Fachschaften der naturwissenschaftlichen Studiengänge werden demnächst eine Not-Cafeteria im AVZ einrichten. Einem entsprechenden Antrag des AstA stimmte der Senat auf seiner letzten Sitzung zu. Nach Mitteilung des AstA wollen die Studenten die Not-Cafeteria solange betreiben, bis eine entsprechende Einrichtung im AVZ von der Universität geschaffen worden ist.

## Biermann eingeladen

Der Senat hat sich auf seiner letzten Sitzung dafür ausgesprochen, den Liedermacher Wolf Biermann zu einem Vortrag zum Thema "Gesellschaftliche Funktion und politische Wirkungsmöglichkeiten künstlerischer Ausdrucksmittel" einzuladen. Die Einladung reihte sich in die Bemühungen ein, den in der Grundordnung formulierten Auftrag und "die politische Verantwortung der Wissenschaft in der Gesellschaft" wahrzunehmen.

## Krüer wieder Vorsitzender

In seiner konstituierenden Sitzung am vergangenen Donnerstag hat der neugewählte Personalrat den bisherigen Vorsitzenden Fred Krüer (ÖTV), Angestellter in der Abteilung 6, in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählte der Personalrat, der sich aus sieben Vertretern der DGB-Gewerkschaften ÖTV und GEW und zwei Vertretern der DAG zusammensetzt, den Beamten Ulrich Radek (GEW) und den Arbeiter Johannes Eilers.

In den Hauptpersonalrat für den Bereich des Wissenschaftsministeriums wurden auch zwei Oldenburger Hochschulangehörige gewählt. Sonja Duddeck (DAG Angestellte in der Abteilung 2, und Trude Kreuzmann (ÖTV), Angestellte in der Abteilung 6, werden dort die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen.

## Busch kritisiert Aufnahmepraxis

Heftige Kritik hat der stellvertretende Rektor der Universität, Prof. Friedrich W. Busch, in Anwesenheit des Vorsitzenden der Hermann-Ehlers-Stiftung, Kai-Uwe von Hassel, und dem Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, Prof. von Campenhausen, sowie zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens bei der Eröffnung des Oldenburger Hermann-Ehlers-Studentenwohnheimes an der Aufnahmepraxis geübt.

Busch forderte in seiner mit Schweigen aufgenommenen Rede die Heimleitung auf, eine unparteiische und großzügige Aufnahmepraxis zu gewährleisten, zumal das Heim nahezu ausschließlich mit öffentlichen Mitteln und durch Schenkung errichtet worden sei.

Wie bereits mehrfach berichtet, hatte die Leitung des von der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Stiftung erbauten Wohnheimes angekündigt, "Marxisten und Revolutzer" nicht aufnehmen zu wollen. Bewerber müssen sich entsprechend einem Überprüfungsgespräch unterziehen. Nicht zuletzt deshalb ist das Hermann-Ehlers-Wohnheim nur zu 60 Prozent belegt. Bei den Wohnheimen des Studentenwerkes herrscht dagegen Andrang. gh

## Alternatives Wohnen

In Oldenburg hat sich eine Wohngemeinschaftsinitiative gegründet, die sich mit den Problemen alternativen Wohnens auseinandersetzen will. Die Initiative trifft sich jeden Mittwoch um 20 Uhr in der "Werkstatt", Donnerschwerstr. 49 und sucht noch Interessierte.

## Diplom-Prüfungsordnung:

### Auch 2. Entwurf zurückgewiesen

Auch der zweite vom Senat verabschiedete Entwurf der Rahmen-Diplomprüfungsordnung für die Universität Oldenburg wird vom Ministerium in dieser Form nicht genehmigt. Das teilte auf der letzten Senatssitzung der Kanzler der Hochschule, Jürgen Lüthje mit.

Bedenken hat das Ministerium gegen die im Entwurf vorgeschlagene Zusammensetzung der Prüfungskommissionen angemeldet. Nach Senatsvorstellungen soll sich die Prüfungskommission neben den beiden Gutachtern der Diplomarbeit und einem weiteren Prüfer auf Vorschlag des zu prüfenden Studenten aus drei Mitgliedern der

Universität zusammensetzen, die nicht die Voraussetzung der sonstigen Prüfer erfüllen müssen. Selbst wenn eine solche Regelung rechtlich möglich sei, erklärten die Beamten, bestehe die Gefahr, daß die Oldenburger Prüfung durch andere Hochschulen nicht anerkannt würde. Eine andere Regelung fordert das Ministerium auch im Hinblick auf die Wiederholung von Prüfungsleistungen. Diese Bestimmungen sollen sehr viel strenger gefaßt werden. Unmöglich soll u.a. die Wiederholung von studienbegleitenden Leistungsnachweisen, die auf die Prüfungen angerechnet werden, gemacht werden. gh

## Ossietzky-Veranstaltung

Der Vorsitzende der Deutschen Journalistenunion (DJU), Eckhart Spoo, und der Historiker Werner Boldt (Universität Oldenburg) werden am kommenden Donnerstag um 20.00 Uhr in der Aula des Alten Gymnasiums als Hauptredner einer Veranstaltung sprechen, die von dem im Sommer dieses Jahres gegründeten Bürgerkomitee "Carl-von-Ossietzky-Universität, Oldenburg" anlässlich des 40. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Antifaschisten Carl von Ossietzky organisiert wird. Darüber hinaus werden Schauspieler noch nicht veröffentlichte Dokumente über die Preisverleihung verlesen.

In einem Grußwort an das Bürgerkomitee unterstrich der Westberliner Theologe Prof. D. H. Gollwitzer, daß die Hochschule mit der Wahl des Namens "Carl-von-Ossietzky-Universität" ihr Verständnis der Verfassung "als eine Verpflichtung aller Institutionen zur Förderung des Geistes des Friedens, der durchgehenden Demokratisierung der Freiheit und des sozialen Fortschritts" darlege. Im Gegensatz dazu seien alle

vom Ministerium vorgeschlagenen Namen farb- und geistlos ohne Verpflichtung, die jederzeit - also auch in faschistischen Zeiten - denkbar wären. Gerade der Widerstand gegen den Faschismus werde symbolisiert "durch den Namen des Mannes, der zugleich ein todesmutiger demokratischer Kämpfer gegen den Faschismus und dessen Todesopfer war". Wer der Oldenburger Universität die Namenswahl verbiete, lähme "im Gegensatz zum Grundgesetz den Widerstand gegen den Faschismus und den Kampf für Demokratie". gp

## Skikurs

In dem für alle Hochschulangehörigen vom Zentrum für Freizeitsport veranstalteten Skikurs, der vom 13. Februar bis 27. Februar 1977 in Söll/Österreich stattfinden soll, sind noch einige Plätze frei. Die Anmeldung muß spätestens bis zum 22. Dezember 1976 bei den Sportwarten im Sporttrakt (H16) oder bei Christian Wopp (H 9) erfolgen. Eine Vorbesprechung findet am 8. Dezember 1976 um 19.15 Uhr im Sportseminarraum (H 6) statt.

arbeit in einer Jugendvollzugsanstalt beim Leiter verbleiben solle. Bei dieser Sachlage, so der Leiter der Anstalt habe er keinerlei Veranlassung, die beiden Mitglieder der Gruppe von der Mitarbeit auszuschließen.

Wie bereits berichtet, hatte sich der Senat der Universität Oldenburg gegen das drohende Beschäftigungsverbot, von dem auch eine Studentin der Universität betroffen war, scharf protestiert. Die Kontaktgruppe bedankte sich in einem Brief an den Rektor für diese Unterstützung.

## Personalnotizen

PROFESSOR MENSIO FOLKERTS, Mathematiker im FB IV, hat anlässlich einer Feier zum 500. Todestages des Mathematikers und Astronom Regiomontanus (1436-1476) einen Vortrag zum Thema "Regiomontanus Bedeutung für die Mathematik" gehalten. In Wien sprach Folkerts auf der Internationalen Regiomontanus-Tagung zum Thema "Die mathematischen Studien Regiomontanus in seiner Wiener Zeit".

PROFESSOR SCHAPOUR RAVASANI, Hochschul-lehrer im Fachbereich III, hat am 10. Dezember auf Einladung des Leiters des Akademischen Auslandsamtes der Philipps-Universität Marburg, einen Vortrag zum Thema "Reintegrationsprobleme iranischer Studenten - Welche Chance bietet ihnen die iranische Wirtschaftspolitik?" gehalten.

KÄTHE HEITLAND, seit 1972 Sachbearbeiterin in der Personalabteilung, gibt anlässlich ihres Ausscheidens aus dem öffentlichen Dienst am Freitag, 17.12.1976, ab 14.00 Uhr ein Abschiedsfest in der Personalabteilung, Hauptstr.97.

## Lohnsteuerkarten schon im Januar

Die fehlerhafte Besteuerung des Weihnachtsgeldes - verursacht durch das mangelhafte EDV-Programm - wird für die Arbeiter und Angestellten in den Steuerklassen IV und V nur noch in einigen Fällen korrigiert werden können. Wie die Verwaltung mitteilt, werden aber die Lohnsteuerkarten bereits im Januar ausgegeben, so daß ein schneller Lohnsteuerjahresausgleich möglich ist.

## Reitturnier

Die an der Universität neu gegründete Reitgruppe wird am 8. und 9. Januar 1977 in der Reit- und Fahrschule Oldenburg, Sandkruger Str. 214, erstmalig ein Turnier durchführen, an dem vier deutsche und eine holländische Hochschule teilnehmen. Ziel der Veranstaltung ist es, Kontakte zu anderen Hochschulen herzustellen und die Universität zu informieren. Am ersten Tag des Turniers findet ab 15 Uhr eine Dressurvorprüfung statt, am zweiten stehen Springen, Vorführungen einer Voltigiergruppe und die Vorführung Oldenburger Pferde ab 11 Uhr auf dem Programm. Alle Hochschulangehörigen sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

## Fahndung

Die Pressestelle bittet denjenigen, der sich vor einigen Wochen den uni-info-Band 1974/75 ausgeliehen hat, diesen umgehend der Pressestelle zurückzugeben. Bei dem Band handelt es sich um die einzige vollständige Sammlung der uni-infos dieser Jahrgänge.

## Arbeitsverbot aufgehoben

Erfolgreich hat sich die Kontaktgruppe Oldenburg/Vechta, die sich um die Resozialisierung von Strafgefangenen bemüht, gegen die Maßnahme des Justizministerium gewehrt, zwei Mitglieder, die auch der DKP angehören, nicht in die Jugendstrafanstalt Vechta hineinzulassen und sie damit von der ehrenamtlichen Tätigkeit auszuschließen. In einem Schreiben teilte jetzt der Leiter der Anstalt in Vechta der Gruppe mit, daß das Ministerium in einem Erlaß die Zuständigkeit zur Ablehnung eines Bewerbers um ehrenamtliche Mit-